

KERAMISCHER

VII/Nr. 47 BERLIN 19. NOV. 1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich: Edwin Nanninger. Verlag: Hermann Grunzel, beide Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm 5646 und 5647. Druck: A. Jentzowski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Wochen-Ereignisse

An den deutschen Börsen machte sich nach der Reichstagswahl wieder eine Aufwärtsbewegung der Kurse bemerkbar.

In der Nacht zum 11. November wurde im Vorderhaus der „Dresdener Volkszeitung“ in Dresden auf die Treppe ein Sprengstoffkörper niedergelegt, der zum Glück nicht explodierte. Anschließend hinter es die Attentäter auf das im ersten Stock befindliche Parteisekretariat abgesehen. Nach all den Anschlägen auf Volkshäuser und Konsumvereine läßt sich leicht erraten, wo die Täter zu finden sind.

In Reichenbach in Schlesien wurden vom Sondergericht wegen versuchten Mordes die Nationalsozialisten Polomski zu einem und Wagner zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Ferner Heines bekam wegen Begünstigung sechs Monate Gefängnis. Die Tat richtete sich gegen den sozialdemokratischen Redakteur Puschke, wobei bekanntlich ein Nationalsozialist von der Puschke zugeschickten Bombe zerrissen wurde.

Der Berliner Verkehrstreik ist am 8. November endgültig zusammengebrochen. Die Belegschaft erlitt eine Niederlage. Als Opfer blieben nur Arbeiter auf der Strecke und nicht die intellektuellen Urheber des politischen Streiks. Wirtschaftlich siegte die Direktion, politisch die Kommunisten und die Nazis. Die BVG-Belegschaft insgesamt muß für den Schaden aufkommen. Ihre Gutmütigkeit kommt ihr teuer zu stehen.

In Genf hatte am 9. November die faschistische „Union Nationale“ eine Versammlung gegen den Sozialismus, die die Arbeiter in Genf mit einer Gegendemonstration auf der Straße beantworteten. Die Polizei wollte die friedliche Gegendemonstration zerstreuen, das gelang ihr nicht. Daraufhin wurde Militär aus der Rekrutenkaserne Lausanne eingesetzt. Eine Anzahl Arbeiter nahmen Soldaten Gewehre und Mützen weg. Diese Aktion gab den Anlaß zum Vorschicken einer Maschinengewehrabteilung, die scharf schloß. 10 Todesopfer und 40 Verletzte blieben an den Straßen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter und Redakteur wurde als angeblicher Anführer verhaftet. Diese Metzerei an demonstrierenden Arbeitern rief in der Schweizer Arbeiterschaft eine helle Empörung hervor. Der Ausschuß des Gewerkschaftsverbandes des Kantons Genf beschloß mit Mehrheit am 12. November einen 21stündigen Generalstreik als Protest gegen die Schiebererei durchzuführen.

In Bukarest demolierten in der Nacht zum 11. November 100 nationalistische Studenten das Sozialdemokratische Volkshaus. Die alarmierte Polizei erschien erst, als das Zerstörungswerk beendet war. Die Täter konnten deshalb entfliehen.

Die Vereinigten Staaten Nordamerikas wählten am 8. November einen neuen Präsidenten, Franklin Roosevelt, der Kandidat der Demokraten und bisheriger Gouverneur des Staates New York, wurde mit großer Mehrheit gegen den Republikaner Hoover, dem bisherigen Präsidenten gewählt. Damit bekommt auch das amerikanische Parlament eine andere Zusammensetzung und eine demokratische Mehrheit. Der sozialistische Zahlkandidat Thomas bekam nur die geringe Stimmenzahl.

Die Insel Kuba wurde von einem großen Wirbelsturm heimgesucht, wobei 1800 Menschen den Tod fanden. 200.000 Tonnen Rohzucker sind in den Zuckerplantagen dabei vernichtet worden. Der angerichtete Schaden ist außerordentlich groß.

Daß die Wirtschaftskrise auf die Eheschließungen nicht ohne Einfluß ist, dürfte erklärlich sein. Im Jahre 1931 wurden in Deutschland 47.200 Ehen weniger geschlossen als 1930, 73.000 weniger. 1928/29 und 1900 weniger als nach der Zahl der im Heiratsalter stehenden Männer zu erwarten war. In den Jahren 1930 und 1931 wurde ein Anstieg von 131.000 Eheschließungen festgestellt. Der Rückgang der Geburtenzahl steht mit der Krise der Eheschließungen in engster Verbindung. 96.000 Kinder wurden 1931 weniger geboren als 1929. Und das obwohl die Zahl der verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter noch um 70.000 größer war als zwei Jahre vorher. Die Wirtschaftskrise ist eben in allen Phasen des menschlichen Lebens spürbar.

Reichstagswahl und Arbeiterschaft

Das deutsche Volk traf am 6. November wieder einmal eine politische Entscheidung und legte ein politisches Bekenntnis ab. Vom Standpunkt des Arbeiters und Gewerkschafters aus muß man sagen, daß das Volk nicht zu seinem Gunsten entschied. Wohl erfuhr das Papen-Regime und die Hitler-Diktatur eine Niederlage, aber die Demokratie trug keinen Gewinn davon. Das Volk legte in seiner Mehrheit ein Bekenntnis für die Diktaturparteien, für die Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen ab. Es nahm seine demokratischen Rechte nicht wahr, es machte nur zugunsten der Diktaturparteien Gebrauch davon. Das ist ein typisches Kennzeichen dieser Wahl.

Durch diese Reichstagswahl wird das harte Schicksal der deutschen Arbeiterklasse nicht geändert, vor allem kann sich daraus keine Besserung entwickeln; denn starke bürgerliche Parteien und eine erstarrte kommunistische Fraktion bieten keine Garantie für eine dringend notwendige Wirtschaftsbelebung und auch keine für einen Wirtschaftsaufbau. Darin liegt der Nachteil dieses Volksentscheids.

Die hohen Ansprüche der unersättlichen Junker bleiben, und da keine bürgerliche Partei es mit ihnen verdrängen kann, werden die überhöhen Zölle und die teuren Lebensmittelpreise nicht gemindert. Dem Zwischenhandel darf auch keine bürgerliche Partei etwas zuleide tun; den Banken erst recht nicht. Die Industriellen werden sich mit den Junkern über die Kontingentierung einigen. Hausbesitz und Handwerk werden auch noch die Erledigung ihrer Ansprüche verlangen, so daß alle Besitzinteressen bestehen bleiben, mag die Regierung des Bürgertums heißen und zusammengesetzt sein, wie sie will. Auch eine etwaige neue Regierung wird zum Wohle des Privatkapitalismus handeln. Das wurde am 6. November entschieden.

Da die kapitalistischen Interessenten die Staatsmacht behalten und in ihrem Sinne auswerten, bleibt nur noch die Arbeiterschaft übrig, die opfern muß. Das war schon bisher so. Die Privatkapitalisten bekamen die Geschenke und die Arbeiterschaft mußte dazu die Kosten aufbringen. Dabei bleibt es bei dieser Reichstagszusammensetzung. Stockschläge auf den Magen der Arbeiter werden weiter verabreicht, der Inhalt der Lohntüte wird sich nicht vergrößern, eher noch verkleinern, die Lebenslage der Arbeiterschaft noch verschlechtern. Die Besitzenden werden in der Regierung sitzen, die Arbeiterschaft außerhalb. Die ersten werden Staatspolitik, die letzteren Opposition machen. Drinnen werden reichlich Geschenke verteilt, die draußen müssen sich fluchend mit Hungerrationen und sehr mageren Bissen begnügen.

Das ist ein unerquicklicher Zustand. Dem Arbeiter kommt seine oppositionelle Haltung sehr teuer zu stehen. Ihm bleibt aber nichts anderes übrig, als sie beibehalten. Das Volk hat am 6. November so bestimmt.

Im neuen Reichstag stehen 121 Sozialdemokraten und 100 Kommunisten 362 bürgerlichen Abgeordneten gegenüber. Das Kraftverhältnis ist damit genügend gekennzeichnet. Für das Wohlergehen des arbeitenden Volkes wird ein so zusammengesetztes Parlament nicht wirken. Die Kommunisten behalten ihre Taktik der „Entlarvung der Sozialdemokraten“ bei. Ihre Vorstöße im Parlament werden daher wie bisher stets der Reaktion zum Nutzen gereichen. Und die Aktionen der Kommunisten und ihrer RGO. außerhalb des Parlaments werden auch künftig der Spießerschreck sein und von der Polizei aufgefangen werden. Soweit es Betriebsaktionen sind wie der BVG- und ähnliche Streiks, kommen sie den Unternehmern zugute und sind für die gesamte Arbeiter-

schaft von Schaden. Wer auf das Erstarken der KPD Hoffnungen setzte, wird deshalb schwer enttäuscht werden. Diese Feststellung muß jetzt schon getroffen werden. Und die nationalsozialistische Arbeiterpartei, diese wird sich hinten im Parlament oder in einer Regierung Arbeiterinteressen zu vertreten. Ihre Geldgeber würden solche Anwendungen sofort unterbinden. Diese Partei hat auch gar keine Neigung dazu, sonst hätte sie in den verschiedenen Länderparlamenten, in denen sie die Regierungsstellen besetzt, wenigstens schwache Versuche unternommen, dem werktätigen Volk sein schweres Schicksal zu erleichtern. In dieser Beziehung ist von den Nationalsozialisten noch keine Tat vollbracht worden und wird auch keine vollbracht werden.

Demnach bleiben nur die Sozialdemokraten im Parlament und die Gewerkschaften außerhalb des Parlaments übrig, die für den Arbeitmann und seine Familie sowie für die Arbeitsfrau wirken und sich einsetzen. Sie werden dafür sorgen, daß der Inhalt der Lohntüte wieder kaufkräftiger, daß Brot wieder größer und wohlfeiler, die Arbeitsverhältnisse wieder lohnender und die künftigen Unterstützungssätze wieder erhöht werden. Sie brauchen dazu nur die volle Unterstützung der Arbeitenden und der Arbeitslosen. In dieser Richtung wird bereits gearbeitet. Die gewerkschaftliche Werbearbeit weckte die Aktivität, steigerte die geistige Regsamkeit und den Willen zur Abwehr der reaktionären Bedrückung. Fahren wir fort in dieser Tätigkeit, stoßen wir weiter vor, dann erstarkt die Arbeiterschaft in ihrer Oppositionsstellung und erringt auch außerhalb des Parlaments Erfolge. Unterstützt deshalb die Gewerkschaften, Arbeiter und Arbeiterinnen, schließt euch ihnen an, dann kann der kleine Rückschlag vom 6. November wieder ausgeglichen werden.

Der BVG-Streik und sein Ende

Der Streik bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft in Berlin, durch den die Untergrundbahn, die elektrische Straßenbahn und die Autobuslinien einige Tage stillgelegt wurden, ist in ganz Deutschland beachtet und diskutiert worden. Da sein Ausgang für die BVG-Arbeiter leider eine Niederlage war, macht es sich notwendig, in Kürze den Gang der Dinge festzuhalten und Aufschluß darüber zu geben.

Die Belegschaft der Berliner Verkehrs-Gesellschaft ist in ihrer Mehrheit nicht mehr freigewerkschaftlich organisiert und trotzdem gelang es der zuständigen Gewerkschaft, dem Gesamtverband, bisher die notwendige Angleichung der BVG-Arbeiterlöhne an die Löhnsätze der Reichsarbeiter zu verhindern bzw. hinauszuschieben. Nun war das nicht mehr möglich. Die deutschnationale BVG-Direktion drängte auf die Angleichung. Die geführten Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Direktion bis auf die zwei Pfennig Abzug zurückgedrängt wurde. In einer Urabstimmung lehnte die Belegschaft mit Mehrheit den Abzug ab und trat, ohne weitere Verhandlungen und ohne den Spruch der Schiedsinstanzen abzuwarten, in den Streik. Eine tarifliche Vereinbarung konnte danach von der Gewerkschaft nicht mehr getroffen und unterzeichnet werden. Der Kampf hatte wild begonnen und nahm seinen Lauf. Die RGO und die NSBO, die Kommunisten und Nationalsozialisten, machten Brüderschaft und zogen gemeinsam gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratische Partei ins Feld. Die „Rote Fabrik“ schrieb dazu am 3. November: „Der Streik richtet sich formell gegen einen Lohnabbau von 2 Pf. die Stunde... aber es geht um mehr als das.“ In einem Flugblatt stellten die Kommunisten noch fest: „Dieser Streik ist ein politischer

Streik. Als solcher ist er auch geführt worden. Als dann der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wurde, hielt es der Gesamtverband als Tarifträger der Arbeiter für ratsam, bei dem politisch erklärten Streik Distanz zu halten; damit er nicht zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Die rechtliche und tarifliche Seite der Streikangelegenheit war da-

mit geklärt, aber der politische Streik ging weiter. Bis — na, bis er oben, wie voraus-

Oktober-Agitationserfolge

Ueber Agitationserfolge im Monat Oktober berichten folgende Zahlstellen:

Brandenburg	19	Niedersachs-	
Frankfurt/Oder	51	werten	15
Guben	52	Rathenow	31
Hannau	8	Stettin	28
Helmstedt	25	Velten	9
Hlmenau	37	Waren	6
Köslin	35	Wittmund	13
Ludwigshafen	153	Wurzen	18
Merseburg	28		

In der Zahl von Hlmenau sind 18 Aufnahmen enthalten, die einem Kollegen gelangen. Sicher sind auch ähnliche erfreuliche Ergebnisse in den anderen Zahlstellen erreicht worden. Solche Erfolge kennzeichnen den Eifer, die Hingabe zur Sache und den treuen Glauben an die Gewerkschaftsbewegung in höchsten Maße. Eine Bewegung, deren Glieder von solchem Idealismus beseelt sind, ist wahrlich ein festes Bollwerk für die deutsche Arbeiterschaft. Ihr anzuhören und für sie tätig zu sein, ist eine Geangung für den deutschen Arbeiter. Unorganisierte, schließt euch an! Organisierte, seid weiter aktiv!

zusehen war, zusammenbrach. Die kommunistische Partei hatte am Wahltag ihren Stimmenanteil in Berlin, die Nazis gingen nicht im Reichsverband zurück, die sozialdemokratischen Stimmen zeigten eine Abnahme. Deshalb hatten Nationalsozialisten und Kommunisten nach der Wahl kein Interesse mehr am Weiterstreiken.

Und die BVG-Arbeiter? Auf ihren Rücken war der Streik geführt worden, sie mußten nun den Lohnabbau hinnehmen. Sie haben mit ihren Familien einige Tage unsonst gehungert. Die Direktion kam oben auf Sie nahm 2000 Entlassungen vor. Eine Anzahl Arbeiter, die sich bei Sabotageakten erwiesen haben, wurde zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt. Es gab also Opfer über Opfer in diesem zum politischen Streik gemachten Lohnkampf, die nutzlos gebracht wurden. Die Verantwortung dafür tragen die Nationalsozialistische und die kommunistische Partei. Sie schütteln aber die Verantwortung ab, beziehen sich nun gegenseitig des Streikbruchs, und Tausende BVG-Arbeiter haben das Nachsehen. Die Gewerkschaft muß nun alles versuchen, um wenigstens Entlassungen rückgängig zu machen. Sie muß also für einen Teil der Opfer eintreten, die die Kommunisten und Nazis auf dem Gewissen haben. Die BVG-Belegschaft wird jahrelang zu kämpfen haben, um ihre wirtschaftliche Front nach dieser opferreichen Niederlage wieder so zu stärken, daß sie der reaktionären Direktion gegenüber wieder eine beachtenswerte Macht darstellt.

Deshalb, Arbeiter und Arbeiterinnen, laßt euch bei euren Wirtschaftskämpfen nicht politisch mißbrauchen und in Niederlagen hetzen. Reicht euch ein in die Kampffront der freien Gewerkschaften, darin liegt die Gewähr, daß ihr nicht für politische Zwecke zu eurem Nachteil mißbraucht werdet.

Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter in der Arbeitslosenversicherung

Das Gesetz über Arbeitervermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 sieht grundsätzlich die Versicherungspflicht über die Beschäftigung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern vor. Im § 75 a Abs. 2 ist allerdings dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt die Möglichkeit gegeben, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers neben den Zwischenmeistera weitere Gruppen von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern von der Versicherungspflicht zu befreien. Von dieser Möglichkeit hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitervermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Verordnung vom 18. Oktober 1930 Gebrauch gemacht. Er hat die Beschäftigung von Ehefrauen als Hausgewerbetreibende oder Heimarbeiterinnen, soweit diese keinen höheren wöchentlichen Verdienst als 12,00 RM erzielt haben, aus der Versicherung ausgenommen. Weiter wurden Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter von der Versicherungspflicht befreit, die mehr als zwei Familienangehörige als Arbeitskräfte über 14 Jahre oder mehr als eine familienfremde Arbeitskraft beschäftigen. Endlich wurden in der besagten Verordnung Sonderregelungen getroffen zur Erschwerung des Arbeitslosenunterstützungsanspruchs.

Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juli 1931 bestimmt im 3. Teil unter Kapitel 1 „Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge“ Art. 1, Ziff. 2, daß § 75, Abs. 2 des AVAVG vom 12. September 1929 wie folgt anzuwenden ist:

„Im übrigen ist die Beschäftigung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern versicherungspflichtig, soweit der Verwaltungsrat der Reichsanstalt dies mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers anordnet.“

Nach Art 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juli 1931 trat diese Bestimmung am 1. November 1931 in Kraft. Die besagte Verordnung hat also aus der gesetzlichen Versicherungspflicht eine Versicherungsfreiheit für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter gemacht und die in der Hausindustrie beschäftigten Personen würden samt und sonders aus der Arbeitslosenversicherung am 1. November 1931 ausgeschieden worden sein, wenn nicht durch die Entrüstungsproteste der Betroffenen, die von den Gewerkschaften und den Gemeinden geführt wurden, die Reichsanstalt nicht vorher mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers angeordnet hätte, daß die Verordnung vom 18. Oktober 1930 über den 1. November 1931 hinaus in Kraft bleibt.

Seit 1. November 1931 ist von der Reichsanstalt die Verordnung vom 18. Oktober 1930 bereits viermal verlängert worden, zuletzt durch Verordnung vom 27. September d. J. Damit bleiben Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter vorläufig bis zum 31. März 1933 in der Arbeitslosenversicherung. Die vorerwähnte Sonderregelung für die Arbeitslosenversicherungsfreiheit der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter ist Unrecht, ist ungünstiges Sonderrecht für die Betroffenen.

Die Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juli 1929 hat 275 000 Hausgewerbetreibende gezählt. Diese Zahl ist eher zu niedrig als zu hoch genommen und auch gegenwärtig dürften 275 000 Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter zu gering bemessen sein, die hauptsächlich auf Heimarbeit angewiesen sind. Der Sachverständigen-Ausschuß, der im Juli 1929 tagte, schätzte die krankenversicherungspflichtigen Hausgewerbetreibenden auf 231 000.

Diese Zahl müßte auch nach den Bestimmungen des AVAVG vom 12. Oktober 1929 arbeitslosenversicherungspflichtig sein. Die verschiedenen Verordnungen haben das verhindert.

Dr. Erwin Rawicz hat im „Reichsarbeitsblatt“ Heft Nr. 2832, H. 429, eine statistische Untersuchung über „Die Arbeitslosigkeit der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden“ gemacht. Bei seiner statistischen Untersuchung schließt er 42 charakteristische Heimarbeitsbezirke ein. Als Stichtag ist der 15. August 1932 genommen. An diesem Tage sind festgestellt rund 12 500 Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter als Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Unter Einbezug von den Heimarbeitsbezirken Berlin und Breslau, die nicht von der Sonderhebung erfaßt wurden, kommt er auf eine Unterstützungszahl von 17 000 Personen.

Man stelle sich vor: 275 000 Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter erübrigen sich hauptsächlich aus der Heimarbeit rund 17 000 werden von der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung betreut. Nach logischen Gesichtspunkten müßten also 260 000 Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter in Arbeit stehen. Das ist aber nicht der Fall. Wir vertreten die Auffassung entgegen den Untersuchungen des Herrn Dr. Erwin Rawicz, daß die Arbeits-

Seid mehr aktiv in der Verbandstätigkeit!

Von einem Kollegen wird uns aus seinem Organisationsbereich geschrieben:

Sind wir aktiv? Nein! — Zweifellos haben wir eine Menge Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen besucht, aber nicht einen einzigen Kollegen, aber nicht einmal von allen. Viel stehen abseits; sie sagen, sie wüßten, worauf es ankäme, wenn es erforderlich wäre, wären sie schon zur Stelle. Als ob es darauf ankäme! Eine Bewegung muß leben, pulsendes Leben zeigen, wenn sie die Massen der Arbeitslosen mitreißen soll. Dazu ist erforderlich, daß jedes Verbandsglied unermüdet versucht, die aus noch fernstehenden Klassen-genossen zu beehren und zu überzeugen von dem hohen Ziel der modernen Arbeiterbewegung. Bringen wir die fernstehenden Kollegen in unsere Versammlungen, damit wir an ihr Ohr, an ihren Verstand heran können.

Sind wir aktiv? Nein! — Obwohl wir eine starke Organisation sind, was will die Stärke besagen gegen die Zahl der Gleichgültigen, Interessenlosen, die zu einer Gefahr für uns geworden sind. Viel, allzuviel ist schon verloren und mancher Scharke auszuwetzen. Eine immer brutaler werdende Reaktion knechtet uns. In dieser Zeit, wo es um die Befreiung der Arbeiterklasse geht, setzen viele Kollegen nicht ihre ganze Kraft in diesem gigantischen Kampfe ein. In dieser Gefahrenzeit gehören alle Arbeiter in den vordersten Graben vom Hauptvorstand bis zum letzten Markenkassierer. Wir besitzen zweifellos einen Stamm guter Funktionäre, prächtiger Menschen, die ihr ganzes Ich in den Dienst der Bewegung stellen.

Wo bleibt aber die belebende, werbende Kraft eines jeden Mitgliedes? Wo ist deren Aktivität? Die wirtschaftliche und die politische Not wächst sich zu einer Gefahr aus, so daß wir unser Letztes hergeben müssen. Wir stehen wieder wie ehemals im Heldenzeitalter der

Arbeitslosenversicherung, mindestens so hoch wie in der Betriebsarbeit, in noch höher ist. Es wird angenommen, daß gegenwärtig rund 55 000 Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter arbeitslos sind und davon werden rund 17 000 von der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung erfaßt, 35 000 bis 40 000 gingen damit ohne Unterstützung aus. Wäre es so, wie von Herrn Dr. Erwin Rawicz gesehen, dann wäre es schon schlimm genug, daß auf Grund der Verordnungen ein so hoher Prozentsatz von Arbeitern aus dem Bezug der staatlichen Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen ist und sie damit der Not und der willkürlichen Entlohnung ausgeliefert sind. Unsere Erfahrungen sagen aber, daß die von Dr. Rawicz angeführten Zahlen zu niedrig liegen. Der größte Teil der arbeitslos gewordenen Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter fallen der Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden zur Last. Diese Zahlen sind aber bei den statistischen Erhebungen nicht erfaßt und läßt sich deshalb über die wirkliche Arbeitslosigkeit in der Heimarbeit vorerst kaum ein richtiger Schluß ziehen. Feststeht, daß die Sonderregelung der Arbeitslosenversicherung für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter zur unerträglichen Belastung der Heimarbeiter-Gemeinden und zu maßlosom Elend der Betroffenen geführt hat. Der Staat läßt den überwiegenden Teil seiner Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter in der Notzeit im Stich. Sie müssen deshalb betteln gehen, weil sie hungrig sind!

H. Eillein.

Arbeiterbewegung gegen eine Welt von Feinden. Darf es da noch einen geben, der nicht aktiv ist? Der nicht Kämpfer, Werber für unsere Sache ist? Hierin darf es kein Laissez-faire sein.

Heute muß jeder bekennen und sich entscheiden. Die Aktivität der Wille, sich zu behaupten gegen eine Welt von Feinden, kann nicht vom Führer, kann nur vom einzelnen selbst herkommen. Allzu leicht sind vielen die Erregungsschancen zugute gekommen, um die sie nichts getan haben; die nicht deren Bedeutung und auch nicht die Opfer kannten, mit denen sie errungen wurden. Heute, wo schon so vieles verloren ist, fängt man an, die Bedeutung der Verlorenen zu schätzen. Heute begreift man, daß eine Opposition, die fruchtlos ist, nur verwirrend wirkt, unseren Gegnern nur nützt und ablenkt vom Ziel und von der Richtung. Seien wir auch aktiv gegen derartige Auswüchse. Seien wir uns bewußt, daß nicht auch der Glaube an die Arbeiterbewegung verlorengeht.

Aktivität! — Nicht nur für einzelne, seien wir alle Namenlose Soldaten, getreue Kämpfer für eine bessere Weltordnung. In der Stunde der Gefahr auf die Schanzen, kämpft gegen Kleinmut und Vornehmheit gegen Reaktion, gegen den Unvorstand der Massen. Zeigt wahrhaftigen Bekennermut!

Seid aktiv!

„Wirtschaftsführern“ geht's gut

Der Bankier Schröder in Bremen war als Aufsichtsrat des Nordwolle-Konzerns sehr nachlässig. Der Nordwolle-Konzern der Lahusen brach zusammen, und die Schröder-Bank wurde schwer geschädigt. Der Leiter dieser Bank und Aufsichtsrat Schröder persönlich überstand jedoch die beiden Zusammenbrüche, dagegen

kamen Tausende von Arbeitern und Angestellten um ihre Existenz. Schröder ist aus dem wieder Teilhaber der Firma J. F. Schröder & Co. in Bremen. Das ist ein Zeichen dafür, daß bei Industriekonzern- und Bankpleiten die geschäftsführenden Leiter nicht in allen Fällen für ihre Nachlässigkeiten und Fehler büßen und einzustehen haben.

Kommerzienrat Schröder als Leiter des Karstadt-Konzerns brachte es dahin, daß der Aktionären und Gläubigern schwere Opfer auferlegt wurden. Ihm ist die Schädigung anderer anscheinend nicht zum Nachteil gewesen; denn er betätigt sich schon wieder stark an Neugründungen. Geschäfte machen muß eben verstanden sein.

Katzenellenbogen, Soberheim, Funke und Kuhlmei, vom Schultheiß-Patzenhofer-Skandal her bekannt, konnten aus ihre Vermögenswerte retten. Katzenellenbogen bekam wohl einige Monate Küttchen, aber er bewohnt noch seine Villa in Schwabenwerde bei Wannsee, und die anderen sind wieder bei der gleichen Firma in Amt und Würden; auch ihre Ersparnisse erlitten keine Einbuße.

Die in Aufsichtsrat des Schultheiß-Patzenhofer-Konzerns gesessenen Bankdirektoren Reinhardt von der Commerz- und Privatbank, von Stauff von der DD-Bank, Jakob Goldschmidt von der Danabank hatten auch nicht darunter zu leiden, daß sie als Aufsichtsräte ungenügende Aufsicht ausübten. Für ihre Nachlässigkeiten wurden sie nicht im geringsten zur Rechenschaft gezogen. Reinhardt hat noch seine angesehene Stellung bei seiner Bank inne, von Stauff wurde von der Deutschen Volkspartei in den Reichstag geschickt, und Jakob Goldschmidt wurde Aufsichtsrat bei der Victoria-Versicherung. Ihr Privatvermögen haben sie behalten. Sie sind wieder angesehene Leute. Zwei andere Bankfachleute, Trutmann und Bredenkamp, waren als Aufsichtsräte sehr nachlässig waren, erfreuten sich weiter ihres Besitzes und Ansehens.

Jakob Michael verzog sich nach Holland und leitete von Haag aus die Vermögensverwaltungsgesellschaft der Erna Michael in Frankfurt a. M. Er hat manches aus seiner Pleite gerettet und macht schon wieder neue Geschäfte in Holland. Die deutschen Betrogenen haben das Nachsehen.

Direktor Otto brachte sein Unternehmen, die Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz, durch falsche Betriebsführung, verbunden mit Bilanzverschleiern, zum Konkurs. Werk und Betriebschaft hatten den Schaden. Er selbst ist bereits wieder Inhaber eines Betriebes in Kassel. Seine Privatmittel scheinen also nicht gelitten zu haben.

Die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke in Berlin ließen ihre zum Bankrott wirtschaftenden Direktoren Hirsch und Schwaibach ohne Regreßansprüche laufen. Auch die Aufsichtsratsmitglieder Wassermann, Jakob Goldschmidt, Millington-Hermann und Soberheim als die Bankdirektoren wurden keineswegs belangt.

Mit diesem Sündenregister kapitalistischer Wirtschaftsführer sind keineswegs die sämtlichen Skandale und Korruptionfälle der letzten Jahre angedeutet. Es ist nur eine kleine Uebersicht über Personen gegeben, die sich Verfehlungen dieser und jener Art zuschulden kommen ließen, ohne mit Gesetzesparagrafen deshalb in Konflikt zu geraten. Das liegt im System der kapitalistischen Wirtschaft. Man muß die Fälle in die Öffentlichkeit bringen, weil sie eine Gesellschaft kennzeichnen, die anderen Moral predigt und selbst gehörig Dreck am Stecken hat.



Tarif-Änderungen für Ampullen- und Christbaumschmuckmacher

Der Fachauschuß für die Glasindustrie in Thüringen, Sitz Neuhaus am Rennweg-Igelschied, hat am 21. August 1932 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die im Tarifvertrag 1930 für Glaschristbaumschmuck aufgeführten Stückentgelte werden für das Land Thüringen für die Zeit vom 15. Dezember 1932 bis 15. Dezember 1933 mit einem Abschlag von 40 Prozent als Mindestentgelte festgesetzt.“

Dieser Beschluß wird gemäß § 31 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 des Hausarbeitgesetzes vom 27. Juni 1923 bestätigt. Die Festsetzung der Mindestentgelte ist damit gemäß § 36 des Hausarbeitgesetzes allgemeinverbindlich.

Der Tarifvertrag für das Jahr 1930 kann bei dem Verband der Thüringer Spielwareninteressenten GmbH in Sonneberg, dem Vorstand der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zentralstelle Seimach, des Gewerkschaftsleiters Mounger und Sachlich und bei der Geschäftsstelle des Fachauschusses für die Glasindustrie in Thüringen im Thüringischen Amtsgericht in Sonneberg während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Der Fachauschuß hat weiter beschlossen: Für die Heimarbeiter der Ampullen- und Christbaumschmuckindustrie Glasindustrie in Thüringen wird für die Zeit vom 1. September 1932 bis 31. Dezember 1932 als Mindestentgelt ein Stundenlohn von 42 Pfennig unter Zugrundelegung der Kalkulationen vom 2. Juni 1926 festgesetzt. Als Mindestentgelt für Ampullen der Größe 1, 2, 3 etc wird für den gleichen Zeitpunkt und unter Zugrundelegung der gleichen Kalkulation ein Stundenlohn von 35

Pfennig festgesetzt. Diese Entgeltregelung gilt auch über den 31. Dezember 1932 hinaus jeweils auf einen Monat weiter, falls nicht ein Antrag auf Neufestsetzung des Lohnes zwei Wochen vor Ablauf dieser Zeit beim Vorsitzenden des Fachauschusses eingereicht wird.“

Dieser Beschluß wird gemäß § 31 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 des Hausarbeitgesetzes vom 27. Juni 1923 mit der Maßgabe bestätigt, daß die in ihm getroffenen Festsetzungen von Mindestentgelten am 11. November 1932 in Kraft treten. Der Fachauschuß der Mindestentgelte ist damit gemäß § 36 des Hausarbeitgesetzes allgemeinverbindlich.

Über Leistungen, Glas- und Christbaumschmuck. Am 2. Juni 1925 kam bei dem Verband der Thüringischen Glasinstrumentenfabrikanten V. in Hasenau, dem Allgemeinen Arbeiter- und Handwerker-Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zentralstelle Seimach, der Geschäftsstelle des Fachauschusses für die Glasindustrie in Thüringen im Thüringischen Amtsgericht Sonneberg während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Glasfabrik Marienhütte

Die Glasfabrik Marienhütte in Köpenick ist seit Wochen stillgelegt. Die Armee der Arbeitslosen ist ergriffen. Die Stilllegung des Betriebes ist erfolgt, nachdem die Betriebsleitung in ihrem Expansionsdrange sich an anderen Geschäften wie die der Glas- und Porzellanindustrie beteiligt haben soll. Dadurch sind die Betriebe der Porzellan- und Glaszerzeugung mit Kapital blutleer geworden. Von anderer Seite wird der Betriebsleitung (siehe auch „Münchener Tageblatt“) vorge-

halten, daß sie mit ihrer Preisgebarung nicht nur die Glasfabrik Marienhütte an den Ruin gebracht habe, sondern auch die gesamte Industrie stark schädige.

In Nr. 201 der „Roten Fahne“ wird auf die Stilllegung der Glasfabrik Marienhütte-Köpenick Bezug genommen. Mit einigen wenigen Sätzen beschäftigt sich der Artikelschreiber nur mit dem Tun der Betriebsleitung in der zurückliegenden Zeit. Mehr Aufmerksamkeit widmet man der Tätigkeit des früheren Betriebsrates, insbesondere wird der Vorsitzende wieder einmal glossiert. Es passiert dies ausgerechnet einem Vorsitzenden, dessen ganzes Bestreben es ist, eine Herbeiführung der Einheit in der Arbeiterbewegung zu erreichen. Man will ihn sogar dafür verantwortlich machen, daß die Betriebsleitung der Ortskrankenkasse noch Versicherungsbeiträge schuldet. Höher geht es nicht.

Die „Rote Fahne“ sieht nicht in dem Arbeitgeber den Schuldigen, sondern der Betriebsratsvorsitzende soll für die Mißwirtschaft verantwortlich gemacht werden, nur weil er Sozialdemokrat ist. Dabei steht fest, daß der Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft in den letzten zwei Jahren wiederholt die Betriebsleitung gewarnt haben, so weiter zu experimentieren, da sonst bestimmt mit einer Stilllegung des Betriebes zu rechnen ist. Die Prophezeiungen sind leider trotz fleißigster Arbeit der Beschäftigten eingetreten. Kann in den angestrebten Vergleichsverhandlungen der Firma mit den Gläubigern eine Verständigung nicht erzielt werden, dann dürfte mit der Glasfabrik Marienhütte und ihrer dauernden Stilllegung ein Industrie-Grabstein mehr sein.

Erhöhung der Fensterglas-Preise?

Infolge der anhaltenden schweren Wirtschaftskrise liegt der Bauplatz fast vollkommen danieder. Eine Belohnung innerhalb des Winterhalbjahres erscheint ausgeschlossen. Die Fensterglasindustrie ist zum beträchtlichen Teile abhängig von der Lage auf dem Bauplatz. Auch sie wird empfindlich getroffen, wenn der Bauplatz daniederliegt. Angesichts dieser Tatsache erscheint es beinahe unglücklich, daß das Verkaufssyndikat

für Fensterglas an eine beträchtliche Preis-erhöhung denken kann. Irgend etwas dahingehend scheint aber im Syndikat vorgegangen zu sein. Folgende Meldungen sollen einmal gegenüberegestellt werden:

„Bergwerks-Zeitung“ vom 20. Oktober 1932.

20prozentige Erhöhung der Tafelglaspreise. Wie der Verband Deutscher Tafelglashütten durch Rundschreiben mitteilt, sind die Fensterglaspreise mit Wirkung vom 1. Oktober vom Verband um 20 Prozent erhöht worden.“

„Bergwerks-Zeitung“ vom 21. Oktober 1932.

Keine Erhöhung der Tafelglaspreise. Frankfurt (Main), 20. Oktober (Drathbericht). Der Verein Deutscher Tafelglashütten erklärt, daß Mitteilungen über eine angebliches Rundschreiben von ihm über Erhöhung der Fensterglaspreise mit Wirkung vom 1. Oktober um 20 Prozent unrichtig seien. Eine Erhöhung der Tafelglaspreise sei weder eingetreten noch beabsichtigt.“

Die „Bergwerks-Zeitung“ ist das Blatt der Schwerindustriellen. Sie ist gewöhnlich über Vorgänge dieser Art gut unterrichtet. Wenn sie in der ersten Meldung auf ein Rundschreiben des Vereins Deutscher Tafelglashütten verweist, soll das vollkommen aus den Fingern gesogen sein? Ist nicht irgend etwas in der Richtung vorgegangen? Vielleicht können wir weiter auf die Sprünge helfen.

In der Fensterglasindustrie ist ebenfalls eine Normung eingetreten. Während bisher je nach Qualität des Glases es mindestens 4 Sorten gab und dazu kam noch das sogenannte Garten- oder Gärtnerglass und der Ausschalt, gibt es nach der Normung nur noch zwei Sorten, und zwar das Bauglas I und II-Sorte. Das Gärtnerglass bleibt wie bisher. Durch diese Qualitätsnormung (Normung) kommt sicher eine Preisermäßigung heraus. Diese liegt dann nicht direkt, sondern indirekt. Ist da die Frage angesichts der Meldungen in der „Bergwerks-Zeitung“ nicht angebracht, ob ein Rundschreiben des Vereins Deutscher Tafelglashütten darauf Bezug nimmt. Irgend etwas muß doch vorgegangen sein.

Schreibendorf

Nach Schreibeendorf im Riesengebirge sind Arbeitsangebote zu unterlassen. Interessenten werden gebeten, sich an die Zahlstelle Hirschberg 1 Ksgb. Sand 13, zu wenden.

Für Qualitätsware - gegen Verschleuderung

Die Münchener Neuesten Nachrichten brachten vor einiger Zeit, sicher auf Veranlassung der Weißhohlglasindustrie Bayerns, den nachfolgenden Artikel:
In keiner Industrie dürfte heute eine soch zügellose Verschleuderung stattfinden wie in der Glasbranche. Es ist dringend am Platze, daß die Reichsbehörden Maßnahmen treffen, um diesem Verschleuderungssystem ein Ende zu bereiten. Ein warnendes Symptom ist der Konkurs der Marienhütte vor Berlin. Abgesehen von der Verschleuderung der Ware, legt man heute gar keinen Wert mehr auf künstlerische oder technische Ausführung wie Vollendung, denn nur billig ist die Parole. Auch gegen das Nachahmen der Modelle und Muster müßten wirksame Gesetze geschaffen werden, weil die bestehenden Vorschriften zu lückenhaft sind. Wie sehr auf die Preisgestaltung Wert gelegt wird, zeigt folgende Begebenheit: Der Einkäufer einer Einheitspreis-Firma erbot sich, das gesamte Lager einer Glasfabrik im bayerischen Walde zu erwerben. Gegenüber dem verlangten Preis von 25000 RM bot er 8000 RM, und zu diesem unglaublich gedrückten Preise kam das Geschäft zustande. Von einem soliden Geschäft, von einer soliden Qualitätsware, welche doch ihren Gestaltungspreis haben muß, kann hier nicht mehr gesprochen werden. Die ganze Geschäftswelt, alle Spezialgeschäfte, alle soliden Warenhäuser haben unter diesen trostlosen Zuständen schwer zu leiden, besonders aber die Fein-Industrie. Im Interesse der Solbsterhaltung müßte hier mit aller Schärfe vorgegangen werden, nicht allein gegen solche Einkäufer, sondern auch gegen die Fabrikleiter, welche eine Ware derart verschleudern.
Durch Vorstehendes wird erneut bestätigt, daß in der Glasindustrie bei Beurteilung des Wettbewerbes und der Preisbildung ein vollkommenes Versagen der Industrie vorliegt. Es wird nun die höchste Zeit, daß unseren

Arregungen entsprechend die Dinge von den Behörden untersucht und auf Abstellung hingedringt wird, damit die Arbeiterschaft in der Weißhohlglasindustrie nicht fortgesetzt die Leidtragenden sind.
25 Jahre Schutzverband
Am 7. Oktober 1932 konnte der Schutzverband Deutscher Glasfabriken J. P. in Dresden auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken.
Aus zunächst kleinen Anfängen hat sich dieser Arbeitgeberverband der deutschen Weißhohlglasindustrie zu seiner heutigen Größe entwickelt.
Der SDG. umfaßt heute die hauptsächlichsten Bezirke der Weißhohlglasindustrie in Brandenburg, der Lausitz, Schlesien, Sachsen, Thüringen und Westdeutschland.
War der SDG. in der Vorkriegszeit lediglich eine Abwehrorganisation gegenüber Kampfmaßnahmen der organisierten Arbeiterschaft in der Weißhohlglasindustrie, so erweiterte sich sein Aufgabengebiet naturgemäß in der Nachkriegszeit um ein vieles.
Mit der gesteigerten Bedeutung, die die

Arbeitsorganisationen in der Nachkriegszeit erhielten, mußte selbstverständlich auch die Bedeutung des SDG. wachsen.
Die Arbeitgeber- sowie Arbeitnehmerverbände wurden nach 1918 zu notwendigen und anerkannten Gliedern des Staatskörpers.
Der fortschreitende Fluß der sozialen Entwicklung brachte es auch mit sich, daß die Arbeitsorganisationen sehr oft die heftigsten Auseinandersetzungen in der Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft mit dem SDG. im Verlauf der Jahre hatte.
Der SDG. und die in ihm vereinigten Unternehmer hielten hartnäckig an den jahrzehntelangen, nach Auffassung der Arbeiter schon längst überholten Verhältnissen innerhalb der Weißhohlglasindustrie fest. Besonders setzten sie den heftigsten Widerstand in den Fragen: Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung des Zwischenmeister-Systems usw. entgegen. So mancher harte Strauß mußte demzufolge mit dem SDG. ausgefochten werden.
Mit Abschluß dieser ersten 25 Jahre ist der Gründer des SDG., Herr Hermann Reichow, in den Ruhestand getreten. Herr Dr. Schmidt in Dresden ist als Geschäftsführer bestellt.



Falsche Akkordberechnung

In der Zeitschrift „Koramos“ Heft 4/5 vom Juli/Oktober 1932 unternimmt es ein Herr Dipl. Kaufmann Dr. Gerd Ulrici in der Fortsetzung einer Artikelserie die Unternehmer der feinkeramischen Industrie zu belehren, wie die Buchführung der Porzellangeschirrfabrikation am besten vorzunehmen sei. Es werden unter Anwendung von vorgedruckten Scheinen reichlich Ratschläge erteilt, deren Eruierung wahrscheinlich demnächst in der deutschen feinkeramischen Industrie einige tausend Neueinstellungen von Angestellten, Lohnbuchhaltern usw. zur Folge haben wird, wenn — ja wenn die Porzellanfabrikanten Gebrauch von den Vorschlägen des Herrn Dr. Ulrici machen.
Uns brauchte diese Geschichte weiter nicht zu interessieren, obwohl nach Anwendung der Ratschläge des Herrn Dr. Ulrici das „Lohnkonto an den Produktionskosten“ eine gewaltige Steigerung aufweisen und dieses wieder zu Lasten des Arbeiters gehen wird. Der „Lohnanteil am Produkt“ wird wohl nun nach Anwendung der Ratschläge von über 50 Prozent auf 70 Prozent steigen. An dem ganzen Artikel interessiert uns eine Fußnote, die Dr. Ulrici einer Empfehlung über Verrechnung des Akkordes beigefügt hat. Diese lautet:

bei der Anwendung der Notverordnung wird dieses nicht gemacht. Die Einführung von sogenannten Zeittakorden, d. h. den Akkordsatz in Minuten festzusetzen, würde eine unwillkürliche Bewegung zum Schaden der Arbeiterschaft nach sich ziehen. Wir warnen unsere Kollegen und Kolleginnen ausdrücklich davor, sich auf solche Experimente einzulassen, da sie kollektive mit dem Vortrag im Einklang stehen, und wir bitten, uns überall dort, wo derartige Versuche unternommen werden, Nachricht hierher zukommen zu lassen.
Die Zentralbranchenleitung Gruppe Feinkeramik.

Vernunft wird Unsinn ...

Wie wahr dieses Dichterwort ist, findet man wieder einmal bestätigt, wenn man die nachfolgende fachärztliche Begutachtung eines staublungenkranken Porzellaners liest.

„Beurteilung: In dem Gesamtzustand des Patienten ist eine weitere Verschlechterung einwandfrei festzustellen. In dem wenig widerstandsfähigen silikotischen Gewebe breitet sich die Tuberkulose ungehemmt aus. In demselben Maße haben sich die Beschwerden des Patienten gesteigert. Bereits in meinem Gutachten vom 29. Januar 1931 habe ich vorgeschlagen, die Rente auf 80 v. Hundert zu erhöhen. Mit allem Nachdruck möchte ich diesen Wunsch heute wiederholen. An sich wäre die Vollrente angezogen, nur das vorgeschrittene Alter veranlaßt mich zu der niedrigen Einschätzung. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf eine sehr bedauerliche Tatsache hinweisen, die das Los vieler Unfallverletzter heutzutage beschränkt. Die zumeist bestimmte niedrigen Unfallrenten, die den bedauernswerten Kranken an sich in den Stand setzen würden, durch besonders gute Ernährung dem Fortschreiten seines Leidens einen gewissen Widerstand entgegenzusetzen, kommen heute in sehr vielen Fällen dem Verletzten nicht mehr zugute, sondern werden rücksichtslos bei der Festsetzung von Wohlfahrtsunterstützungen für die ganze Familie eingerechnet. Im Falle W. muß der gutmütige Vater, dessen Kinder fast alle arbeitslos sind, auf den Genieß seiner Rente weitgehend verzichten leisten. Wenn er erklärt, daß er wochenlang sich nicht satt essen könne, so glaube ich bestimmt, daß er dabei nicht übertriebt. Ich möchte deshalb die Aufmerksamkeit der Berufsgenossenschaft auf diesen Punkt nachdrücklich hinweisen.“

Den Ausführungen des ärztlichen Gutachters ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Auf diese Dinge ist von den Gewerkschaften schon unzählige Male hingewiesen worden. Wie kann ein kranker Mensch genesen, wie kann ein Unfallverletzter wieder ein nützliches Mitglied der Gesellschaft werden, wenn die für

seiner Gesundheit bestimmten Mittel durch die arbeitslosen Familienangehörigen in Anspruch genommen werden.

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung macht sich kein Gewissen daraus, rücksichtslos werden bei der Bedürftigkeitsprüfung alle Familieneinkommen zusammengeschlagen und dabei Renten- und Krankenunterstützungen eingerechnet. Ob eine Genesung des Kranken damit verhindert wird, kümmert die Behörde nicht.

So kann es nicht gehen. Renten, die dafür gewährt werden, weil der Empfänger seine Grundlagen zu Grunde gegangen sind, dürfen nicht dazu dienen, daß sich die Reichsanstalt um Unterstützungszahlung an die arbeitslosen Familienmitglieder drücken kann.

Dresden-Potschappel

Die Sächsische Porzellanfabrik, vormals Carl Thiem's, gegenwärtige Inhaber Karl Kuntzsch's Söhne, kann auf ihr 60jähriges Bestehen zurückblicken. Die Fabrik wurde von dem Dresdener Antiquar Carl Thiem, zunächst mit einem Brennofen, gegründet. Der Porzellanreher und Blumenmodellier Karl Kuntzsch trat zum Gründer in verwandtschaftliche Beziehungen und wurde später alleiniger Besitzer der Fabrik. Im Laufe der Jahre ist die Fabrik mehrfach erweitert und ausgebaut worden. Die Erzeugnisse der Fabrik lehnen sich stark an die der Meißner Manufaktur an. Ferner wurde der sogenannte Wiener und Dresdener Genre und Capo di Monte gepflegt. Gebrauchsgeschirre stellt die Firma so gut wie nicht her. Die Art der Erzeugung erfordert besonders geübte Kräfte. Die Dreher, Formor, Blumenmacher und Maler aller Spezialitäten und alle anderen Arbeiter müssen Erstklassiges leisten, ähnlich wie in den staatlichen Manufakturen. Die Firma gehört zu den arbeitsintensivsten der feinkeramischen Industrie. Leider entspricht die Bezahlung der Arbeiter nicht immer den geforderten Leistungen. Das muß in Zukunft anders werden, denn sie verdankt ihren Ruf nicht zuletzt den besonderen Leistungen ihrer Arbeiter.

Porzellanverständnis

Wie die Presse meldet, fanden kürzlich in Limoges neue Besprechungen zwischen der deutschen, der tschechoslowakischen und der französischen Porzellanindustrie über die Regelung der Porzellanwareneinfuhr nach Frankreich statt. Nachdem kürzlich ein Kartell der französischen Porzellanindustrie zum Zwecke der Bekämpfung der ausländischen Konkurrenz gegründet worden ist, konnte man annehmen, daß dieses Kartell auch zur Abwehr der Einfuhr deutscher und tschechoslowakischer Porzellanwaren ins Leben gerufen worden ist, so daß die im November v. J. erzielte Verständigung zwischen diesen drei Ländergruppen über die Porzellanwareneinfuhr nach Frankreich damit illusorisch geworden wäre. Von maßgebender deutscher, an den Verhandlungen in Limoges beteiligter Seite wird jedoch hierzu mitgeteilt, daß bei den jetzt beendeten Besprechungen zwischen der deutsch-tschecho-

slowakisch-französischen Gruppe eine völlige Verständigung über die Regelung der künftigen Porzellanwareneinfuhr nach Frankreich erzielt worden ist. Das Abkommen vom Jahre 1931 ist in einigen Punkten, insbesondere in bezug auf die Preisbestimmungen, ergänzt worden. Die Preise würden für bestimmte Warenkategorien zum Teil erhöht, für andere Gruppen aber auch ermäßigt. Für die Einfuhr von Porzellanwaren auf Grund des Abkommens wird von französischer Seite weiterhin, wie bisher, der Minimalzoll erhoben.

Die Gründung des Kartells der französischen Porzellanfabrikanten ist darauf zurückzuführen, daß sich in Kreisen der französischen Porzellanindustrie der Wunsch geltend gemacht hat, einen festeren organisatorischen Zusammenschluß als bisher zu haben. Soweit der Kampf gegen die Einfuhr ausländischer Porzellanwaren von dem neuen Kartell durchgeführt werden wird, wird er sich in erster Reihe gegen die japanische Konkurrenz wenden, weil Japan es seinerzeit abgelehnt hat, sich an der Kartellvereinbarung zwischen der deutsch-tschechoslowakisch-französischen Gruppe zu beteiligen, der übrigens späterhin auch die belgische Gruppe beigetreten ist, deren Ausfuhr nach Frankreich allerdings nicht sehr bedeutend ist. Für die Einfuhr japanischer Porzellanwaren hat Frankreich in der letzten Zeit allerdings nur minimale Kontingente freigegeben und die Einfuhr darf nur über die Zollämter Marseilles, Bordeaux, Loire und Paris erfolgen.

Kahla

Der Streik der Belegschaft der Porzellanfabrik Kahla in Thüringen ist beendet. Die Direktion der Kahla A. G. wollte die Papen-Notverordnung anwenden und hat dieses auch in recht wenig geschickter und taktischer Form getan. Man hing einfach einen Anschlag mit dem bekannten vom Arbeitgeberverband gelieferten Universaltexat heraus, in dem der Arbeiterschaft mitgeteilt wurde, daß die Löhne von der 31. bis 40. Stunde um 50 Prozent gekürzt werden. Die Belegschaft wollte daraufhin sofort in den Streik treten. Nach Versammlungen und Abstimmungen beschloß man, die 14tägige Kündigung abzuwarten. Die Belegschaft kündigte einheitlich und verließ am Sonnabend, dem 5. November, geschlossen den Betrieb. Mit der Kahla selbstverständlichen gewerkschaftlichen Disziplin und Geschlossenheit, einmütig ist das richtige Wort, wurde der Streik begonnen und auch durchgeführt. Nach schweren Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt. Die Direktion verzichtete auf einen großen Teil ihres Abzuges. Der Abzug wurde auf ungefähr 1/3 herabgedrückt und die Arbeit einmütig wieder aufgenommen.

Städtlengsfeld

Der Vergleichsvorschlag der Porzellanfabrik Städtlengsfeld A. G. Städtlengsfeld, der eine Quote von 30 v. H. zuzüglich Besserungsschein von 10 v. H. vorsieht, wurde von etwa 90 v. H. der Gläubiger angenommen. Der Betrieb arbeitet voll bei einem verhältnismäßig guten Auftragsbestand.



Weitere Verschlechterungen im Zement-Export

Und nun noch einiges über die Werte. Der starke mengenmäßige Schwund hat natürlich zur Folge gehabt, daß die Werte erheblich sanken. So ist es denn kein Wunder, daß die Monatsdurchschnitte gegenüber 1931 die in der Tabelle gegebene Höhe erreichten, wobei darauf hingewiesen werden muß, daß für die Werte nur die Monatsdurchschnitte für Januar bis Juni 1932 verzeichnet sind, weil sie für die Monate Juli und August nicht ausgewiesen werden. Aber auch so gehen sie genügend Aufschluß.

Es betrug der Gesamtwert

Land	in 1000 RM	
	Monatsdurchschnitt für 1931	Monatsdurchschnitt für Januar bis Juni 1932
Niederlande	283	301
Frankreich	193	106
Brasilien	79	30
Sargabiet	56	33
Venezuela	60	20
Argentinien	52	15
Litauen	26	8
Madagaskar	23	32
Sonstige	213	130
Insgesamt	1418	678

Es ergibt sich dabei bis einschließlich Juni 1932 die Tatsache, daß der Schwund der Mengen größer war als der des Wertes bei der Gruppe „sonstige Länder“, die die teuersten Zemente erhielt. Bei diesem Kundenkreis dürften die Preisablässe noch nicht so groß gewesen sein, um den Absatz der gesunkenen Kaufkraft einigermaßen anzupassen. Bei den anderen genannten Ländern dagegen ist die Reduzierung des Gesamtwertes der Ausfuhr größer als die Reduzierung der Mengen. Das läßt darauf schließen, daß die Zementindustrie ihre Preispolitik im Jahre 1932 umzustellen begonnen hat und da sie nunmehr versucht, durch besonders große Preisablässe den katastrophalen Rückgang des Exportes nach Möglichkeit aufzuhalten. Ob ihr das noch möglich sein wird, steht allerdings dahin. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß derartige Maßnahmen schon früher hätten geschritten müssen, um den Exportumfang einigermaßen zu halten. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß bei der Ausfuhr nach verschiedenen Ländern ein Übergang von teureren zu billigeren Qualitäten im Durchschnitt geschehen zu sein scheint, der sich in der gleichen Richtung auswirkt wie Preisablässe. Die Gesamtsituation hat sich nach dem

VERÄNDERUNG DER MONATSDURCHSCHNITTE JANUAR-AUGUST 1932 GEGENÜBER 1931



Juni dann so entwickelt, daß sich die Abnahme der Mengen zweifellos gegenüber dem 1. Halbjahr 1932 verlangsamt hat, daß die Reduzierung der Durchschnittswerte noch anhält, was vermuten läßt, daß die neuerdings eingehaltene Preispolitik weiter durchgeführt wird, um noch möglichst vom ausländischen Absatz zu retten, was irgendwie geht. Und das ist, wie wir gesehen haben, auch bitter nötig.
Dr. Fritz Wasner.

Villeroy & Boch und die „aufbauwilligen“ Kräfte

Recht merkwürdige Dinge spielen sich seit einigen Wochen bei der Firma Villeroy & Boch in Düsseldorf ab. Nachdem sich die Oldenburger Bauern mit Grausen von den Nazis abgewandt haben, versuchen die Meister bei Villeroy & Boch sich als Zutreiber für die NSDAP zu betätigen. Da ist zunächst Herr Kaufmann sehr eifrig um das Wohlgehen seiner braunen Kameraden besorgt. Unser Kollege R. wurde bei der Einschreibung durch Herrn K. gefragt, was sind sie, auf die Frage antwortet R., daß er Arbeiter sei. Nein, so wolle er nicht gefragt haben, er wolle wissen, ob er Mitglied im Reichsbanner sei. Prompt lautet der Kollege und die Einstellung erfolgt, bis es Herr K. erfährt, daß unser Kollege doch ein sehr guter Reichsbannermann ist, natürlich flog er jetzt ohne ein Flugzeug zu gebrauchen.

Fall 2. Der zum Vorarbeiter gemachte Herr Steger erklärt unserem Kollegen S.: Wenn Sie der Partei beitreten, so werde ich für Winterarbeit im Betriebe sorgen. Steger nannte zwar die Partei nicht, da er aber Nazi ist, wird er wohl kaum die SPD gemeint haben.

Fall 3. Der Werkmeister Timpel hat so viel freie Zeit, daß er mit Aufnahmescheinen für die Nazi während der Arbeitszeit im Betriebe herumlaufen kann. Er forderte unter anderem unsere Kollegin X auf, den Schein zu unterschreiben. Vorher hatte er sich aber erkundigt, wie die Kollegin angezogen sei (gewerkschaftlich natürlich nur). Die auf neu godrechtsolte Frau Drechsler bemühte sich in dem Falle auch noch besonders um den ausgefüllten Schein. Nebenbei vergebliche Mühe. Herr Timpel wollte den Schein persönlich auch nicht wieder haben, den sollte ein Herr Böckmann bekommen. B. ist Führer einer Schwartauer Schlagerkolonne und war früher radikaler Nietor in der Plonderwerft.

Derselbe Böckmann muß übrigens sehr gut laufen können, denn als Arbeiter gebraucht werden, mußte Böckmann, der an den Filterpressen arbeitet, nach Schwartau rennen und Arbeiter zum Kahnansetzen holen. Zufällig hatte B. nur Nazis bestellt. Das ist sicher nur Zufall und nicht etwa vom Meister Kaufmann angeordnet.

Fall 4. Im Schweiß seines Angesichts sitzt Herr Pangel schon einige Tage in der Partierloge und schreibt Arbeiter ein, An welchem Grunde jeder gefragt wird, wer ihn empfohlen hat, ist noch nicht recht klar geworden. Nun weiß die Belegschaft wenigstens, wozu P. im Betriebe eigentlich da ist, früher glaubte man, nur zur Schikane der Belegschaft.

Nun stellt sich heraus, daß das nicht der Fall ist. Der Mann hat einen Posten, den er hoffentlich besser ausfüllen kann als die bisherigen. Vor einiger Zeit schniffelte er in den Abortanlagen nach Inschriften herum, die sich mit seiner wertvollen Person befassen. Als er eines gefunden hätte, die der Schrift eines Arbeiters sehr ähnlich war, der seinen Lohn einlegte, da wurde der Mann freilos entlassen, obwohl er bereit war, unter Eid zu bekräftigen, daß er unmöglich der Schreiber sei. Nachdem Herr P. jetzt von jedem Schriftproben nimmt, wird er wohl in Zukunft nur noch die Abortanlagen rovidieren. Da sie durchaus nicht sauber gehalten werden könnten, wird das in Zukunft hoffentlich erledigt werden.

Derselbe Pangel sagte den Arbeiterinnen, wenn sie für den Betrieb etwas übrig hätten, könnten sie ja auch Schluss noch dabei haben und sich die Handgriffe aneignen, damit sie später mehr Geld verdienen könnten.

Und was tut Herr Bannemann? Nachdem die Listen der neu Gemeldeten zweimal durchgesehen sind, kommen sie zu Herrn Bannemann, der ist zufällig Führer der Lilbeckor Nazis, und der sieht noch einmal nach, ob etwa Neueinstellungen von der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei abhängig gemacht werden.

Nur weiter so, der Fabrikarbeiterverband ist nicht tot zu bekommen und den Schaden wird er auch nicht haben, laßt auch nicht wild machen. Die Direktion von Villoroy & Böh, die mit den „aufbauwilligen“ Kräften in Torgau nicht die besten Erfahrungen machte, tut gut, in Danischburg einmal nach dem Rechten zu sehen. Oder liegt System darin?

Ziegeleiarbeiter, aufgepaßt!

In der Sonntagsnummer der „Neuen Leipziger Zeitung“ vom 6. November 1932 werden Ziegeleiarbeiter für Winterarbeit und die nächstjährige Kampagne gesucht. Als Vermittler dieser Arbeiten tritt der Ziegelei-Verband für die Kreishauptmannschaft Leipzig auf. Wie kommt es, daß trotzdem auf dem Facharbeitsnachweis für Fabrikarbeiter Hunderte von Ziegeleiarbeitern auf Arbeit warten, der oben genannte Arbeitgeber-Verband der Ziegeleiarbeiter vermitteln will. Die Ursache liegt einzig und allein auf lohnpolitischem Gebiet. Bis zum 31. Oktober 1932 bestand zwischen dem Ziegelei-Verband und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 7, Abteilung Keramischer Bund, ein Tarifvertrag für die Kreishauptmannschaft Leipzig, in dem ein Lohn in der Spitze von 58 Pf. pro Stunde festgelegt war. Die Unternehmer kündigten den Vertrag mit dem Ziel, den Lohn auf 50 Pf. pro Stunde abzubauen. Ohne daß es den Arbeitgebern die Schamröte ins Gesicht trieb, bezichtigten sie bei den stattgefundenen Verhandlungen ihre Forderungen damit, daß sie der Not der Zeit entsprechend wären und wir als Gewerkschaften sollten endlich einmal Verständnis für die Not der Zeit haben. Für unsere Organisation war es eine glatte Selbstverständlichkeit, daß sie einen Lohnabbau in der Ziegel-Industrie nicht mitmachen konnten.

hinter dem Fabrikarbeiter-Verband und dem Betriebarat steht, ist es gelungen, daß auf diese Weise erstrebten Lohnabbau abzuwehren. Dieser Betrieb nun hat Stillelegung angezeigt und am 14. November 1932 läuft die Sperrfrist ab. Bei den wegen der Lohndifferenz im Betriebe stattgefundenen Verhandlungen erklärte zum Schluss der Unternehmern, daß er am 14. November, weil die Ziegeleiarbeiter nicht gewillt sind unter Verhältnissen zu arbeiten, wie sie schließlich letzten Endes selbst die chinesischen Kultis und Negor ablehnen würden, den Betrieb schließen will. Da dieser Betrieb, der in Liebertowitz witz liegt, ein Winterbetrieb ist, besteht die starke Vermutung, daß die gesuchten Ziegeleiarbeiter durch den Ziegelei-Verband nach dort vermittelt werden sollen.

Ziegeleiarbeiter, ihr wißt selbst am besten eure Arbeit einzuschätzen. Überlegt es euch, ob ihr für 50 Pf. Stundenlohn in der Lage seid, die Arbeit in einer Ziegelei zu leisten. Ob ihr eure Arbeitskraft für 50 Pf. erhalten könnt. Ihr seid es euch und vor allem eurer Familie schuldig, daß ihr euch am Leben erhaltet. Wir warnen euch eindringlich, Arbeit für diesen Hundelohn anzunehmen, erkundigt euch erst über die Verhältnisse im Verbandsbüro. Den Herren Ziegeleibesitzern aber rufen wir zu:

Ab 1. November 1932 besteht deshalb ein tarifloser Zustand. Die Arbeitgeber versuchen nun durch Kündigung der Einzelarbeitsverträge den Stundenlohn auf die von ihnen gewünschte Höhe herabzusetzen. — In einem Betrieb, in dem die Belegschaft geschlossen

Ueberspannt den Bogen nicht! Es kann im kommenden Frühjahr bei Beginn der Kampagne sonst unliebsame Differenzen geben, und es werden sich schließlich Verhältnisse herausbilden die nicht erwartet werden.

Die Klutt / Roman von Eileen Winston

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Rehber / Copyright 1931 by Bühnergilde Gutenberg

(40. Fortsetzung.)

„Holen hat stets ein sicheres Auge für dramatischen Effekt“, lächelte Miss Meadows verschmitzt. „Eine ältere, gesetzte Frau als Rednerin — na, das trifft man schließlich auf allen Wohltätigkeitsveranstaltungen, während ihre Jugend, ihr Redner talent und die Tatsache, daß Sie sozusagen direkt von der Front kommen, einen großen Erfolg verbürgt. Seien Sie jedoch vorsichtig, Kind. Ich meine, Sie dürfen nicht die Empfindlichkeit Ihrer Zuhörer verletzen, indem Sie ihnen erklären, daß ihre Klasse für das Elend verantwortlich ist oder dergleichen.“

„Ich glaube aber, daß sie es ist.“

„Glauben Sie, was Sie mögen. Ihre Aufgabe jedoch besteht darin, heute nachmittags Geld aus den Taschen zu locken.“

„Keine Angst, Mary Maud. Ich werde ihnen nicht „Variationen über den Klassenkampf“ vorspielen — so sehr es mich auch reizt — sondern wie eine Taube girren ... hol sie der Böse!“

„Joan, Joan!“ lachte die andere. „Als Engel der Wohlthatigkeit...“

„Ich weiß; nur schlägt das Betteln um milde Gaben absolut nicht in mein Fach. Immerhin, ich will brav sein.“

Die schönen, alten Räume waren wohlgefüllt, als Miss Meadows mit ihrem Schützling eintraf. Blain und Dodds samt einem anderen haben Dutzend jüngerer Leute hatten die Bedienung übernommen und boten geschäftig Kuchen und Tee an. Anthony half seiner Frau beim Empfang der Gäste.

„Glänzende Stimmung!“ flüsterte Mrs. Daere, während sie die beiden Freundinnen begrüßte. Publikum und Erfolg verjüngten Helen stets um Jahre, und an diesem Nachmittag war sie in dem enganliegenden Kleid aus braunem Samt und einem bronzefarbenen Turban eine sehr gute Erscheinung.

„Rittmeister Blindell schob wie ein Habicht auf Joan los und nahm sie in Beschlag.“

„Ich muß Sie zu einigen Damen bringen, die darauf brennen, Ihre Bekanntschaft zu machen.“

Das junge Mädchen hätte freilich lieber still bei einer Ecke gesessen und die Toiletten bestaunt. Denn diese Veranstaltung glich einer Modenparade. Es war eine von der ihren grundverschiedene Welt, und Joan war zu lebendig, um nicht für neue Menschen und fremde Typen Interesse zu haben. Aber Blindell beharrte darauf, sie pompösen Ladies vorzustellen, denen eine vage Idee vorzuschweben schien, daß Joan die ganze Bergarbeiterfrage zu lösen vermöchte.

„Könnte man diesem Mann Cook nicht irgendwie das Handwerk legen?“ säuselten sie. „Ist er nicht gräulich? Denken Sie nicht auch, daß alles seine Schuld ist? Und diese Russen — ist es wahr, daß Cook ihnen eine Revolution bei uns versprochen hat? Erhält er nicht Millionen und aber Millionen von Moskau? Natürlich, der Kinder wird man sich annehmen, trifft es indes nicht zu, daß die Bergleute durch Streikgelder und Unterstützungen viel besser dastehen als wenn sie arbeiteten.“

„Cook, Cook! Es war müßiges Beginnen. Zwei Damen zu erklären, daß Cook den Beschluß seiner eigenen Gewerkschaft gegenüber müßiges Beginnen, daran bin ich, daß die meisten Bergleute nicht errekten, sondern angestarrt waren; müßiges Beginnen, unzulängliche Hungerlöhne zu nennen — diese Frauen brauchen ein Schreckgespenst, und im Moment hatten sie sich hierzu Cook, den Bergarbeiterführer, erkoren.“

Joan wunderte sich, weshalb die Mehrzahl von ihnen überhaupt gekommen war. Nun, wahrscheinlich hatten Mrs. Daeres zugkräftige Köder, der Collar und eine nicht weniger bequeme Operadiva des zugehörigen, gebracht.

Aber aus welchem Grunde sollten sie Geld für die Bergleute geben, grübelte sie, als sie neben der Patronatsdame auf dem Podium saß und die Musik begann. Zwischen ihrer Klasse und den Bergarbeitern herrschte Krieg — was konnte sie dazu bewegen, ihre Feinde zu füttern? Eine selbstbezügliche Geste, um vor der Welt zuzugestehen?

Der Pole spielte, und Joans Gedanken wurden durch seine Musik eingefangen. Es schien ihr, als drücke er all das Sehnen in den Seelen von Männern wie Harry Browne und James Flrth aus, von Frauen wie ihre Komiteemitglieder in Carey's Main — die Revolte gegen Häßlichkeit und Knechtschaft; ihren verzweifelten Schrei, daß Männer nicht bloß Automaten seien, die tagtäglich im Dunkel des Erdinnern zu wählen hatten, um ihr Leben erbärmlich fristen zu können. Dann, in einem wilden Auftakt der Weisheit, schienen die Türen des Saals aufzufliegen ... die Bergleute marschierten herein, schwarz von Kohlenstaub, verschwitzt, hart dröhnte ihr Schritt und drohend; Triumph! — Joans Herz schwoll an mit des Cellisten Bogen. Sie kündete er, Sieg der Unterdrückten im ungleichen Kampf! Und süße Töne sprachen von einer besseren Welt.

So völlig stand Joan im Banne der Musik und ihrer eigenen Gedanken, daß es sie eine Anstrengung kostete, mit dem Befallssturm zur Erde zurückzukommen und den einführenden Worten der Patronatsdame zu ihrem eigenen Vortrag zu folgen.

Wenn diejenigen, die das Programm entwarfen, lieblichen, süßen Sirup gewollt hatten, Geschichten aus dem Kohlenrevier, mit genau der richtigen Dosis Pathos, um die Geldbeutel zu öffnen, und nicht genügend Tragik, um bei der vornehmen Zuhörerschaft Unbehagen zu verursachen, so war es unklug, einem großen Cellisten zu gestatten, vor der Rede eines für Eindrücke empfänglichen Mädchens die Weise der Empörung zu spielen. Was immer er auch seinem Auditorium hätte übermitteln wollen, für Joan bedeutete seine Musik einen Ruf zum Opfer, eine neuerliche Weihe ihres Lebens für die gerechte Sache. Joan sah die elegante Menge wie einen Garten der Versuchung an, und es drängte sie, sich zu ihrer Sendung zu bekennen — den Gegnern der Ekehandschuh hinzuzuerufen.

Aber sie war eine zu geschulte Rednerin, um völlig die Besinnung zu verlieren. Sich zur Ruhe zwingend, begann sie mit der so sorgsam vorbereiteten Rede, schilderte die großen und kleinen Tragödien in Carey's Main. Indessen erhielten all diese Geschichten einen tieferen Unterton durch die Leidenschaft in Joans eigenem Herzen. Anfrichtigkeit ergreift selbst eine feindliche Zuhörerschaft, und diese, weiter nichts als gleich-

gültig, erlag dem heißen Vibrieren ihrer Stimme.

„Soweit ist es gut!“ wisperte Helen Daere ihrem Mann zu. „Hoffentlich vorrennt er sich nicht jetzt noch in eine eifernde Propagandared!“

„Nein, es ist alles in Ordnung“, wisperte Anthony zurück. „Ich glaube, sie hat die Hörer gepackt.“

Aber Joans Erzählungen übten auf sie selbst eine viel nachhaltigere, stärkere Wirkung aus als auf ihr Publikum. Unwillkürlich ging sie dazu über, von dem zu sprechen, was das Land den Bergleuten schuldete; von dem, was diese Männer für heroische Leistungen im Kriege vollbracht hatten, von dem gefährvollen, aufreibenden Leben unter Tage, das sie mit dem unbekümmerten, sorglosen Dasein derer verglich, die besaßen, anstatt zu produzieren. Die tiefe Bitterkeit, die sie empfand, konnte sie auch nicht aus ihrer Rede bannen. Und mit einer Handbewegung die Rücksichtnahme beiseiteschleudernd, schloß Joan mit den feurigen Worten, die Daere in der überfüllten Halle von Shireport einst gehört hatte:

Wo unter Tage die Erde birst, Sind wir lebendig für euch begraben. Und wo ein Wrack im Sturme treibt, Mit uns als Mannschaft ist es beladen.

Wo Webstuhlfron die Knochen bricht, Wo Lungen frist der giftigen Schwaden Glut, Für euren Reichtum zahlen wir den Preis Mit unserm Blut!

„Vordämm!“ murrte Helen Daere. „Ich ahnte, daß sie alles verderben würde.“

„Ich bin nicht sicher, daß sie das getan hat“, erwiderte Anthony. „Es war eine glänzende Rede, die ihren Eindruck auf das Publikum nicht verfehlt hat.“

Wenn es damit nur sein Bewenden gehabt hätte! Aber leider währte die gewissenhafte Patronatsdame, sich strikt an das aufgestellte Programm halten zu müssen, und tat kund, daß vor Eröffnung der Sammlung noch etwaige Anfragen gestellt werden könnten.

Als erste erhob sich eine dicke Frau in einer Art Uniform. Als die Patronatsdame sie als Lady Fortescue vorstellte, erinnerte sich Joan, den Namen in Verbindung mit der Jugendfürsorge gehört zu haben.

(Schluß folgt.)

Arbeiterinnenkommissionen-Sitzung in Hannover

Am 8. November fand die 14. Sitzung der Arbeiterinnen-Kommission der Zahlstelle Hannover statt. Außer den Mitgliedern der Arbeiterinnen-Kommission und den Vertretern der Verwaltung nahmen Kolleginnen von der Jugendgruppe des Verbandes und weitere Funktionärinnen teil. Kollegin Tegetmeier führte den Vorsitz.

Kollegin Zimmerling in ihrem Referat über das Ergebnis der Reichstagswahl und unsere nächsten Aufgaben auf die Stellung der Gewerkschaften im Wahlkampf ein und erklärte, worauf die Umschichtung der Parteien zurückzuführen sei.

Dem Referat folgte eine anregende Diskussion, in der u. a. auch das Organisationsverhältnis in den einzelnen Betrieben zur Sprache kam. Es wurden dann noch die letzten Vorbereitungen getroffen zum guten Gelingen des Frauen-Wortabend's der Zahlstelle Hannover unseres Verbandes, der am 19. November im Gewerkschaftsraum unter Mitwirkung der Fabrikarbeiter-Jugendgruppe stattfinden soll. — Anschließend führte Kollege Böker die Lichtbildserie „Im Westen nichts Neues“ mit einigen Erklärungen vor. Die nächste Sitzung der Arbeiterinnen-Kommission findet am 3. Januar abends 7 Uhr im Sitzungszimmer der Zahlstelle statt.

Schriften und Bücher

Sozialdemokratischer ABC-Kalender für das Jahr 1933. Er bleibt nicht aus; er kommt Jahr für Jahr, sobald die Tage kürzer, die Abende länger werden. Und unter den vielen Tausenden, denen dieser Kalender unbekannt geworden ist, sind sicher viele, die ihn nicht einfach an die Wand hängen, um Tag für Tag ein Blättchen abzuschneiden — nein, sie sitzen auch wohl unter der Lampe, blättern in ihm, der ja ein dickes Buch ist, und schöpfern Kraft und Hoffnung daraus. Wer aber Zahlen liebt, der findet sie ebenfalls hier in der Form von Statistiken aus den verschiedensten Gebieten. Selbstverständlich fehlen auch die historischen Daten nicht. Jedes Blatt trägt ein Bild, das sie verleiht oder sonst eine interessante Note hat. Der Kalender ist in Kupferdruck hergestellt. Die Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt (Berlin SW 68) hat den Preis wieder aus niedriger bemessen: für 1,75 RM kann ihn jeder haben. Bestellt, ehe es zu spät ist, im vorletzigen Jahre, reicht die Auflage nicht aus; um alle bestellenden zu können.

Kinderland 1933. Das Jahrbuch für Kinder in Stadt und Land ist wieder erschienen. Zwei Auflagen waren im vergangenen Jahr nötig, und beide waren Wochen vor Weihnachten ausverkauft. Von Jahr zu Jahr konnten die Herausgeber die Auflage erhöhen. In diesem Jahr wurde sie auf die doppelte Anzahl der vorherigen Gesamt Auflage vergrößert. Eritzlicherweise konnte der Verlag den Preis von 1,50 auf 1,- RM herabsetzen. Trotz dieses Preises ist Inhalt und Ausstattung des „Kinderland 1933“ wieder in gleicher Lebendigkeit und Güte, wie wir das bei Bucherscheuener der Kinderfreibewegung gewohnt sind. Hans und Mimi Weinberger waren wieder die Bearbeiter. Das vorliegende Jahrbuch kann als sehr gut gelungen betrachtet werden. „Kinderland“ ist das einzige sozialistische Jahrbuch für Kinder. Wir empfehlen also „Kinderland 1933“ aus zwei Gründen: 1. Es ist ein prächtiges Jahrbuch für die Kinder. 2. Es ist ein sozialistisches Orientierungsbuch für die Kinder. Wir stellen uns voll hinter die Parole der Herausgeber: Kinderland in jede Kinderhand!

Wittenberg

Unser Büro befindet sich ab 22. November 1932 in Wittenberg, Kurfürstenstraße 15 (Gewerkschaftshaus).

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 11, Ziffer 3 a und d, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Statuts, die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Darmstadt: Alois Schmidt, Buch-Nr. 901 560; Zywicki, Kurt Buch-Nr. 1 100 029; Ullrich, Arno, Buch-Nr. S II 672 72; auf Grund des § 14, Ziffer 3 a, in Verbindung mit § 11, Ziffer 5 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Hameln: Karl Ladtkow, Buch-Nr. S II 891 37; Beletsch, Emil, Buch-Nr. S II 757 937; Nienburg, Gustav, Buch-Nr. S II 136 250; Stettin: Otto Schreiber, Buch-Nr. 1 092 268.

Arbeitsmarkt

Formgiesser, 25 Jahre alt, ledig, firm in Luxus- und Gebrauchsgeschirr, sucht baldmöglichst Stellung. Offerten an „Keramische Rund“, Charlottenburg, unter W F 100.

Jung-Kollege — wo bleibst du?

Die Not ist uns nichts Fremdes. Wir würden in sie hineingehen, für viele von uns bedeutete sie etwas Selbstverständliches, etwas, das man hinnehmen, mit dem man sich abfinden muß. Wir konnten das Leben nicht anders. Es kamen stürmische Zeiten, Krieg, Inflation, ungeheure Preissteigerung, das Leben schien nur eine Frage, mit denen wir ins reine Körnchen zu tun hatten. Millionen Arbeitslose, darunter 1 Million in der Not und Elend, wohin man schaut. Wie lange noch, und auch wir werden das Leid der 6 Millionen teilen. Diese Jahre haben uns reif gemacht.

Als halbe Million Kinder wir in die Fabriken geworfen, was wurden wir von dem jahrelangen Kampf der organisierten Arbeiterklasse und ihren Erfolgen, was davon, das erst durch die ständige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaften die ersten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiter geschaffen wurden? Vorbereitet und tüchtigern haben wir alles als etwas Gegebenes. Manches von den Erfolgen mußte jetzt in der Krise wieder aufgegeben werden, und erst da wußten wir zu schätzen, was wir besaßen.

So wurden uns langsam die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge klar, so erkannten wir die Ursachen unserer Not, den Widerspruch der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Jeder einzelne von uns lebt ein Leben voller Paue und Enttäuschung, und doch tragen wir alle zusammen das gleiche Los. Erbitterung und Haß wachsen in uns. Wir

wollen nicht ewig Knecht sein. Wir Jungen haben noch ein Leben vor uns. Wir wollen Entwicklungsmöglichkeiten. Es wächst unser Glaube an die Gewerkschaft.

Es wächst aber auch unsere Kraft. Schon gehören zu dem Viermillionenheer der freien Gewerkschaften hunderttausende Lehrlinge und junge Arbeiter. Jugend, die nicht nur die Erkenntnis hat, daß dieses kapitalistische Wirtschaftssystem verschwinden muß, sondern die auch mit Hingabe und Eifer sich an der Gestaltung eines neuen, eines sozialistischen Wirtschaftssystems betätigen will.

Noch viele von denen, die zu uns gehören, stehen abseits. Sie müssen gewonnen werden. Wir Jungen sind durchdrungen von gewerkschaftlichen Gedanken und von dem Wissen, daß Zusammenschluß der Arbeiter nie notwendiger war als heute, in Zeiten größter Not und stärkster Reaktion. Wir wollen diese Erkenntnis hineintragen in Fabriken und Werkstätten, in Schulen und Stempelstellen. Freudig erfüllen wir unsere Pflicht. Ja — wir wollen und müssen Werber sein — Werber für ein besseres Morgen.

Und Kollege, Kollegin — wo bleibst du? Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftskollegen, heißt uns. Es muß selbstverständlich werden, daß alles Jungvolk gewerkschaftlich organisiert ist. Je besser bereits die jungen Kollegen in der Gewerkschaft organisiert sind und in den Jugendabteilungen mit der Bewegung vertraut worden, um so besser für unsere Bewegung. F R